

Im Auftrag des

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ausgabe Nr. 22 | Juli 2022

Rohstoffe und Entwicklung Newsletter



Informationen über aktuelle Themen und Entwicklungen aus dem Rohstoffsektor
Ein Service des GIZ Vorhabens Rohstoffe und Entwicklung

Liebe Rohstoff-Interessierte,



© GIZ/Rolando Suaña

herzlich willkommen zur neuen Ausgabe unseres Rohstoff-Newsletters!

Das Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung der GIZ lässt Ihnen jeden Monat eine Auswahl an Artikeln und Links zukommen, die für Sie von Interesse sein könnten. Gerne informieren wir Sie über zentrale Entwicklungen im Sektor und möchten auf neue Erkenntnisse aufmerksam machen. Sollten Sie zusätzliche Themen interessant finden oder

Veranstaltungshinweise für uns haben, zögern Sie bitte nicht, uns diese mitzuteilen, sodass wir sie in unseren Newsletter aufnehmen können!

Herzliche Grüße

Ihr GIZ-Sektorvorhaben Rohstoffe und Entwicklung

NEUES AUS DEM SEKTORVORHABEN

» Personalwechsel im GIZ-Sektorvorhaben: Neue Gesichter und Abschiede

ROHSTOFFE UND ÖFFENTLICHE FINANZEN

- » 53. EITI-Vorstandstreffen: Angola als 57. Mitgliedsland der EITI aufgenommen
- » SDG Action: Bekämpfung illegaler Finanzströme
- » Erfassung von Steuern und Gebühren in der artisanalen Goldlieferkette der DRK

» Wettbewerb: EITI auf der Suche nach innovativen Lösungen für eine datengesteuerte Energiewende

ROHSTOFFLIEFERKETTEN

- » Neues CSM Tool: Der Climate Mineral Explorer
- » Guinea: Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht im Bergbausektor durch gemeindebasiertes Monitoring

ROHSTOFFWIRTSCHAFT

- » Zeitenwende heißt auch Rohstoffwende: Warum Rohstoffsicherheit ein Teil der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands werden sollte
- » MinSus Newsletter
- » Landrechte und Bergbau in Liberia

ROHSTOFFE UND UMWELT

- » Urban Mining: Warum sich das Recycling von Smartphones lohnt

BATTERIEROHSTOFFE

- » Visual Capitalist Abbildung: Die wichtigsten Minerale in einer Elektrofahrzeugbatterie

ROHSTOFFE UND CHINA

- » China eröffnet neues Bergbauprojekt in Eritrea
- » Rote Flaggen für Zwangsarbeit in Chinas Autobatterie-Lieferkette gefunden

ROHSTOFFE UND MENSCHENRECHTE

- » Kinderarbeit im Rohstoffsektor
- » USA: Gesetz zur Verhinderung uigurischer Zwangsarbeit tritt in Kraft

ROHSTOFFE UND GENDER

- » Perus erstes Netzwerk von Frauen im artisanalen und Kleinbergbau Bergbau stellt seine Agenda vor
- » Wie werden die Arbeitsplätze von Frauen im Bergbausektor zukünftig aussehen?

JUST TRANSITION

- » World Bank Group Bericht: Arbeitsplätze in der Kohleindustrie und Management des gerechten Kohleausstiegs

VERANSTALTUNGSHINWEISE

- » BGR – GERRI Rohstoffkonferenz 2022
- » RCS-Webinar: Zukunftssicheres Management der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette im digitalen Zeitalter
- » Carbon emissions reduction in mining: Approaches and best-practices - organisiert von CCCMC, CSD und X4D
- » Gerechte Energiewende vor dem Hintergrund globaler Krisen – Was erwartet die rohstoffproduzierenden Länder?

VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK

- » 7. Workshop der BGR-Veranstaltungsreihe „Verantwortungsvolles Gold“

GEDANKEN OHNE GEWÄHR

- » Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt – (k)ein Widerspruch zum Rohstoffabbau

SCHON GEWUSST...?

Neues aus dem Sektorvorhaben

Personalwechsel im GIZ-Sektorvorhaben: Neue Gesichter und Abschiede

Zum Juni haben sich im GIZ-Teil des Sektorprogramms personelle Änderungen ergeben. Die langjährige Programmleiterin Johanna Wysluch hat das Vorhaben verlassen und ist seit dem 01. Juni als Clusterkoordinatorin für die GIZ in Mexiko tätig. Für ihre neuen Aufgaben wünschen wir ihr alles Gute und viel Erfolg. Ebenfalls das Team verlassen hat Lisa Stellner. Lisa war im Team als Beraterin für die Themen Umwelt & Klima und Digitalisierung zuständig. Mit ihrem Wechsel in die Privatwirtschaft bleibt Lisa thematisch dem Rohstoffsektor treu. Wir wünschen Lisa ebenfalls viel Spaß und Erfolg bei ihrer neuen Stelle. Neu an Bord ist als Projektleiter im GIZ-Sektorvorhaben seit Juni **Tim Schlösser**. Der Regionalwissenschaftler und Politologe war von 2015 - 2019 bereits als Berater im Sektorprogramm tätig. Die letzten Jahre arbeitete Tim als Spezialist für Verhandlungsunterstützung in der CONNEX Support Unit. Wir freuen uns, Tim nun bei uns als Projektleiter begrüßen zu dürfen und blicken auf eine spannende Zeit.

[Zur aktuellen Meldung »](#)



Rohstoffe und Öffentliche Finanzen

53. EITI-Vorstandstreffen: Angola als 57. Mitgliedsland der EITI

aufgenommen

Zum ersten Mal seit zwei Jahren fand das EITI-Vorstandstreffen am 16. und 17. Juni 2022 wieder in Präsenz statt. Auf der Sitzung des Vorstands in Brüssel wurde **Angola** als 57. Mitgliedsland in die EITI aufgenommen. Im Zentrum der Diskussionen standen außerdem Berichte über die Lage und EITI-Umsetzung in der Ukraine, die Evaluierung der über das Weltbank-Programm EGPS geleisteten EITI-Unterstützung und die Überarbeitungen des EITI-Standards. Vor allem die Themen Energiewende und Korruptionsbekämpfung sollen dabei stärker verankert werden. Auf Mitgliederversammlung der EITI am 10. Juni wurden Vorstand und Vorsitzende für ein weiteres Jahr bis zur globalen Konferenz in Dakar im Juni 2023 bestätigt. Darüber hinaus wurde beschlossen, die EITI auf Energieunternehmen auszuweiten. Die Validierungen der EITI-Umsetzung in **Argentinien**, **Liberia** und **Mexiko** wurden erfolgreich abgeschlossen und Mexiko auf Grund der Ergebnisse vorübergehend suspendiert.

[Mehr zu dem Treffen wird in Kürze hier veröffentlicht »](#)

SDG Action: Bekämpfung illegaler Finanzströme

Die aktuelle Invasion in der Ukraine hat zu noch nie dagewesenen multilateralen Sanktionen gegen Russland und zu einer globalen Aktion zum Einfrieren und Beschlagnahmen von Vermögenswerten der sanktionierten Akteure geführt. Noch nie zuvor war eine G20-Wirtschaft von derart weitreichenden Maßnahmen betroffen. *SDG Action* hat diese jüngsten Entwicklungen in Bezug auf illegale Finanzströme (IFF) zum Anlass genommen, die wichtigsten Schritte zu deren Bekämpfung zu analysieren:

- Der erste entscheidende Schritt ist die Bekämpfung der Anonymität von Unternehmenseigentum.
- Zweitens sollten die Förderer der Korruption ins Visier genommen werden.
- Drittens sollte auch die Ausübung von finanziellem Druck Teil der Maßnahme sein.
- Letztlich sollte mehr getan werden, um den Privatsektor im Kampf gegen die IFF zu stärken und hierfür Anreize zu schaffen.

Die IFF stellen ein schwieriges Problem dar, für das es keine einheitliche Lösung gibt. Es benötigt konzertierte, mehrseitige globale Maßnahmen. Die derzeitige Situation stellt eine historische Veränderungsmöglichkeit dar, da die öffentliche Aufmerksamkeit auf die IFFs gerichtet ist und sich viele Empfängerländer von IFFs darauf konzentrieren, ihre eigene Situation zu verbessern.

[Lesen Sie den Artikel hier »](#)

Erfassung von Steuern und Gebühren in der artisanalen Goldlieferkette der DRK

Studien haben gezeigt, dass hohe Steuern und ein komplexer Verwaltungsaufwand den Goldschmuggel in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) fördern. Während *IMPACT* das **Projekt Just Gold umsetzte, das konfliktfreies, rückverfolgbares und legales Gold aus der DRK auf den internationalen Markt brachte**, trieben die hohen Steuern des Landes den Goldpreis oft über das hinaus, was die Industrie zu zahlen bereit war, was ein Hindernis für die wirtschaftliche Rentabilität darstellte. Darüber hinaus dokumentierte *IMPACT* die aufwändigen administrativen Schritte für den Export von Gold, die komplex und oft unklar waren. Auf der Grundlage der nationalen Gesetzgebung der Demokratischen Republik Kongo hat *IMPACT* vier technische Hinweise (in französischer

Sprache) entwickelt, die eine Liste der vereinbarten Steuern, Gebühren und Verwaltungsverfahren enthalten für

- den Transfer von artisanal gewonnenem Gold zwischen den Provinzen
- die Ausfuhr von artisanal gewonnenem Gold aus der DRK
- Kauf und Verkauf von artisanal gewonnenem Gold in der Provinz Ituri
- die Gewinnung von artisanal gewonnenem Gold in der Provinz Ituri

Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis der gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Gebühren und Verwaltungsschritte in der Demokratischen Republik Kongo zu entwickeln, um die Korruption zu verringern und die Transparenz zu verbessern.

[Mehr erfahren »](#)

Wettbewerb: EITI auf der Suche nach innovativen Lösungen für eine datengesteuerte Energiewende

EITI Daten sind eine wertvolle Quelle für die Entwicklung von datengestützten Lösungen zur Bewältigung der Energiewende, einem zentralen Thema des Klimawandels. Das Potenzial dieser Daten bleibt jedoch ungenutzt. Zusammen mit der *Open Knowledge Foundation* (OKF) und Thibi organisiert die EITI einen Datathon, zur Entwicklung innovativer, auf EITI basierender Lösungen zur Unterstützung einer transparenten Energiewende. Teams können sich **zwischen dem 6. und 31. Juli mit einer Idee für eines von vier vorgegebenen Energiewendeszenarien bewerben**. Vor der zweitägigen Hauptveranstaltung am 10. und 11. September 2022 haben die ausgewählten Teams im August Zeit, mit professioneller Hilfe ihre Ideen weiterzuentwickeln. Für die Teams mit den besten Ideen gibt es Preise zu gewinnen.

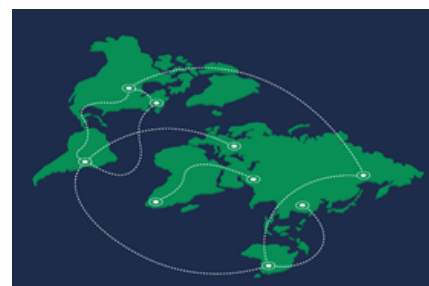
Bewerbungen können bis zum 29. Juli 2022 eingereicht werden. Am 19. und 20. Juli finden Fragerunden für interessierte Bewerber*innen statt. [Mehr Informationen finden Sie auf der EITI-Website.](#)



Rohstofflieferketten

Neues CSM Tool: Der *Climate Mineral Explorer*

Der *Climate Mineral Explorer* (CME) konzentriert sich auf die Bedeutung des Übergangs zu einer CO₂-armen Wirtschaft. Dieser Wandel ist erforderlich, um die Bedrohung durch den Klimawandel zu bekämpfen, sowie die steigende Nachfrage nach wichtigen Mineralen für den Wandel, wie Aluminium, Kupfer und Lithium, zu sichern. Die Plattform stützt sich auf die Arbeit der **Climate-Smart Mining Initiative** (CSM). Es ist wichtig, die Lieferketten dieser Minerale zu verstehen, um ihre stetige und gesicherte Versorgung zu gewährleisten und gleichzeitig einen ESG-Ansatz in das Management dieser Mineral- und Technologie-Lieferketten zu integrieren. CME bildet die Lieferketten von Mineralen von der Gewinnung bis zur Endnutzung CO₂-armer Technologien ab und zeigt auf, wo die Treibhausgasemissionen in jedem Schritt der



© Climate Mineral Explorer

[Zum Climate Mineral Explorer »](#)

Guinea: Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht im Bergbausektor durch gemeindebasiertes Monitoring



Vom Unternehmen noch nicht rehabilitierte Tagebaugebiete – das Fokusthema einer der Gemeinden © PCQVP

Der rasch wachsende Rohstoffabbau in Guinea bietet ein erhebliches Entwicklungspotenzial, gleichzeitig bringt er auch bedeutende Herausforderungen mit sich. Um diese anzugehen und gute Regierungsführung im Sektor zu erreichen, ist auch eine starke Zivilgesellschaft notwendig. Das GIZ-Vorhaben Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika hat deshalb die internationale Nichtregierungsorganisation (NRO) NRGI (*Natural Resources Governance Institute*) unterstützt, ein Projekt zur Stärkung von Community-Based Monitoring, also der gemeindebasierten Überwachung, durchzuführen. Dabei wurden guineische und ivoirische NROs in der Methode

geschult und ein Leitfaden entwickelt. Fünf guineische NROs pilotierten diesen Ansatz anschließend in fünf vom Bergbau betroffenen Gemeinenden. Die Vertreter*innen entschieden gemeinsam mit den NROs, zu welchen Themen sie arbeiten möchten, welche von Monitoring von Ausgaben im Bereich eines durch die Minenaktivitäten finanzierten staatlichen Entwicklungsfonds (FODEL) bis zu Verpflichtungen im Umweltbereich reichten. Hier wurden auch die Nutzung einfacher digitaler Mittel eingeführt – etwa die Nutzung von Clouds - welche es den Bürgerkomitees erlaubt, ihre Daten zu speichern und effizienter miteinander im Austausch zu bleiben. Obwohl es sich um ein Pilotprojekt handelt, konnten bereits erste positive Resultate erreicht werden. Eine Stadtverwaltung etwa erhob eine Abgabe von 20% auf die Projektfinanzierungen von Interessengruppen von Jugendlichen und Frauen - ohne deren Einverständnis und ohne dass diese Art von Abgabe vorgesehen wäre. Nach einem Engagement von Gemeindevertr*innen mit Unterstützung der NRO versprach die Stadtverwaltung, diese Praktik sofort aufzugeben und in Zukunft 100% des für die Umsetzung der Projekte vorgesehenen Budgets diesen zukommen zu lassen. In einer anderen Gemeinde konnte das persönliche Engagement des Bürgermeisters und des Generalsekretärs gewonnen werden, sich für die Rehabilitierung einer stillgelegten Mine einzusetzen – eigentlich eine gesetzliche Vorgabe der Bergbauunternehmen. In allen Gemeinden wurde die Kommunikation zwischen Zivilgesellschaft, Gemeinde und Minenfirmen verbessert, etwa indem Gremien geschaffen oder abgeschaffte wiederbelebt wurden. Die eingeführte Methode des gemeindebasierten Monitorings und der Leitfaden helfen den Gemeinden dabei, sich über ihre Rechte zu informieren und diese einzufordern. Ein Vertreter einer Gemeinde sagt etwa: „Die Gemeinschaft war sich nicht bewusst, wie wichtig es ist, sich für die Verwaltung des FODEL zu interessieren. Durch die Interventionen im Rahmen des gemeindebasierten Monitorings wurde jedoch das Bewusstsein dafür geschärft, wie wichtig es ist, die Aktivitäten im Zusammenhang mit diesem Fonds zu überwachen.“

Das Vorhaben Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika unterstützt die fünf NROs nun darin, die Wirkungen der Pilotierung zu festigen.

NRGI hat nach Abschluss der Pilotierung folgende Produkte zur Verfügung gestellt:

- » [Der französischsprachige Guide](#)
- » [Video zur Erklärung der angewandten Methode \(automatisch erzeugte Untertitel verfügbar\)](#)
- » [Video zur Dokumentation der Pilotierung in Guinea \(automatisch erzeugte Untertitel verfügbar\)](#)



Zeitenwende heißt auch Rohstoffwende

Warum Rohstoffsicherheit ein Teil der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands werden sollte

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat ein Arbeitspapier zur deutschen Rohstoffwende veröffentlicht, welches drei Handlungsmöglichkeiten für die Gewährleistung von Deutschlands Rohstoffsicherheit vorschlägt:

- Strategische Prioritätensetzung bei rohstoffpolitischen Zielen
 - Das Netz bestehender Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten könnte ausgebaut und erweitert werden, Bergbau und Weiterverarbeitung in der EU könnte ermöglicht und gefördert werden und vorhandene Rohstoffpartnerschaften könnten mit Leben gefüllt werden, um langfristig über sichere Bezugsquellen außerhalb Chinas und Russlands zu verfügen.
- Neue institutionelle Kompetenzzuschritte für Rohstoffsicherheitsfragen
 - Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz könnte langfristig zum federführenden Ministerium für Rohstofffragen aufgewertet werden. Eine andere Möglichkeit ist es, die bisherigen Ressortzuständigkeiten zu belassen und zugleich das Amt eines Staatssekretärs für Rohstofffragen zu schaffen, der als dauerhafte Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft fungiert.
- Vorratslager für bestimmte kritische Rohstoffe
 - Eine spezielle, neu zu schaffende Bundesbehörde („Bundesamt für Rohstoffe“) oder eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wäre denkbar, die über entsprechende exekutive Befugnisse für den Einkauf, die Bevorratung und die Veräußerung in normalen wie in Krisenzeiten verfügt.

[Zum Arbeitspapier »](#)

MinSus Newsletter

Erfahren Sie mehr über die Aktivitäten der Regionalen Zusammenarbeit für die nachhaltige Nutzung mineralischer Ressourcen in der Andenregion (MinSus) im neuesten Newsletter, der die Ergebnisse der letzten drei Monate zusammenfasst. Der Newsletter enthält u. a. eine Zusammenstellung von Instrumenten zum Verständnis der Funktionsweise des IRMA-Standards (*Initiative for Responsible Mining Assurance*), eine Übersicht über führende Praktiken, Fortschritte und anstehende Herausforderungen bei betrieblichen Beschwerdemechanismen, in der 18 Praktiken von Bergbauunternehmen untersucht werden, sowie eine vergleichende Bewertung der Lithium-Steuerregelungen und steuerlichen Herausforderungen in Argentinien, Bolivien und Chile.

[Zum Newsletter »](#)

Landrechte und Bergbau in Liberia

Das *Center for Transparency and Accountability* in Liberia (CENTAL) – die nationale Sektion von *Transparency International* – hat mit Unterstützung des GIZ-Vorhabens Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika einen



Veröffentlichungsveranstaltung des Forschungsberichts © CENTRAL

Forschungsbericht zum Thema "Landrechte und Bergbau" veröffentlicht, der sich auf nachhaltigere und partizipative Bergbaupraktiken für Gemeinden in drei Bezirken Liberias konzentriert. Letztlich soll die Studie dazu beitragen, dass das Ministerium für Bergbau und Energie die Rechte der Gemeinden besser respektiert und das Genehmigungsverfahren für den Bergbau deutlich verbessert, um die Bürgerbeteiligung zu stärken und die Vorteile für die vom Bergbau betroffenen Gemeinden zu optimieren. Die Untersuchung ergab, dass in den drei

untersuchten Bezirken etwas mehr als die Hälfte (53,9 %) der befragten Bürger vom *Land Rights Act* (LRA) gehört haben, verglichen mit nur 17,8 % für das Umweltgesetz, 16,9 % für das Bergbauverfahren und nur 5,2 % für das Minerals and Mining Law von 2000 (MML). Obwohl das Landrechtsgesetz das jüngste Rechtsinstrument ist, ist es also das den Gemeinden am weitesten und besten bekannte. Der vergleichsweise hohe Kenntnisstand über das *Land Rights Act* könnte auf die Bedeutung zurückzuführen sein, die ihm von der Regierung und anderen internationalen und technischen Partnern durch die landesweite Bekanntmachung der Reformen im Landsektor beigemessen wird. Ebenso gab eine Mehrheit (57,3 %) der Befragten an, dass sie von den Landrechten der Gemeinschaften gehört haben, einschließlich des Eigentums der Gemeinschaften und der Legalisierung von Land, der Kenntnis von privatem Land, öffentlichem Land, staatlichem Land und Wohnheitsland und schließlich der gesetzlichen Verpflichtung, lokale Gemeinden zu informieren ihre Zustimmung einzuholen, bevor ihr Land als Konzession vergeben wird. Der Zugang zu dieser Art von Informationen ist von entscheidender Bedeutung, da ländliche Gemeinschaften nun als Landeigentümer erachtet werden und das Landrechtsgesetz vorsieht, dass die Regierung ihre Zustimmung benötigt, bevor sie Lizenzen vergibt. Darüber hinaus sollen sie einen Anteil von 5 % an jeder Konzession erhalten. Das derzeitige Mineralien- und Bergbaugesetz aus dem Jahr 2000 ist jedoch älter als das Landrechtsgesetz und stimmt daher in einigen Punkten nicht mit diesem überein. In Anbetracht dieser Herausforderung berücksichtigt der laufende Entwurf eines neuen Bergbaugesetzes – dessen Erstellung ebenfalls von der GIZ unterstützt wird – jüngere Rechtsinstrumente wie das LRA, um die strukturelle und inhaltliche Kohärenz der für den Bergbausektor geltenden Gesetze zu wahren. Abschließend empfiehlt die Studie, dass das Ministerium für Bergbau und Energie die Informationsweitergabe an die Bergbaugemeinden über das aktuelle Bergbaugesetz verbessert und Änderungen am Genehmigungsverfahren formuliert, um die vorherige und informierte Zustimmung der Gemeinden einzubeziehen. Dies hat das Potenzial, ein freundlicheres Verhältnis zwischen der Regierung, den Bergbaugemeinden und den Bergleuten zu fördern.

[Den Bericht finden Sie \(bald\) hier »](#)



Rohstoffe und Umwelt

Urban Mining: Warum sich das Recycling von Smartphones lohnt

Über 200 Millionen Handys liegen laut einer [Umfrage des Digitalverbands Bitkom](#) von 2021 unbenutzt in deutschen Schubladen. Nur knapp 42 Prozent dieser Geräte werden nach Angaben des Europäischen Parlaments in der EU recycelt. Um Metalle möglichst vollständig recyceln zu können, muss man wissen, in welchen Geräten sie stecken. Diese Informationen sind in einer Kreislaufwirtschaft sehr wertvoll. Seit 2018 gibt es nun eine neue Datenbank namens [Urban Mine Plattform](#), die im Rahmen eines EU-Förderprogramm entwickelt wurde. Expert*innen können hier sehen, wo und wie Wertstoffe aus Altfahrzeugen, Batterien, Computern und anderen Elektrogeräten über ihren gesamten Lebenszyklus verloren gehen und wieder zurückgewonnen werden können.

Schon heute können laut einer [Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe](#) bis zu 98 Prozent der fünf Metalle Gold, Kupfer, Silber, Palladium und Platin mit gewöhnlichen Recycling-Verfahren zurückgewonnen werden. In etwas aufwändigeren Verfahren lassen sich auch Blei, Indium oder Nickel extrahieren. Insgesamt lassen sich bis zu 85 Prozent der Metalle, die in einem Smartphone verbaut sind, extrahieren.

Mehr erfahren:

- » [Mit Urban Mining wertvolle Rohstoffe aus Smartphones wiedergewinnen](#)
- » [Urban Mine Plattform](#)



Batterierohstoffe

Visual Capitalist Abbildung: Die wichtigsten Minerale in einer Elektrofahrzeugbatterie

In nahezu jedem Elektrofahrzeug (EV) befindet sich eine Lithium-Ionen-Batterie, die von mehreren wichtigen Mineralen angetrieben wird. Diese Infografik verwendet **Daten** der Europäischen Föderation für Verkehr und Umwelt, um die wichtigsten Mineralen in einer EV-Batterie aufzuschlüsseln. Der Mineralgehalt basiert auf der "durchschnittlichen Batterie 2020", die sich auf den gewichteten Durchschnitt der im Jahr 2020 auf dem Markt befindlichen Batterietypen bezieht. Die Zellen einer durchschnittlichen Batterie mit einer Kapazität von 60 Kilowattstunden (kWh) - dieselbe Größe, die in einem Chevy Bolt verwendet wird - enthalten etwa **185 Kilogramm Minerale**. In dieser Zahl sind die Materialien im Elektrolyt, im Bindemittel, im Separator und im Gehäuse des Batteriepacks nicht enthalten



THE KEY MINERALS IN AN EV BATTERY

Lithium-ion batteries harness the properties of various minerals to power electric vehicles.

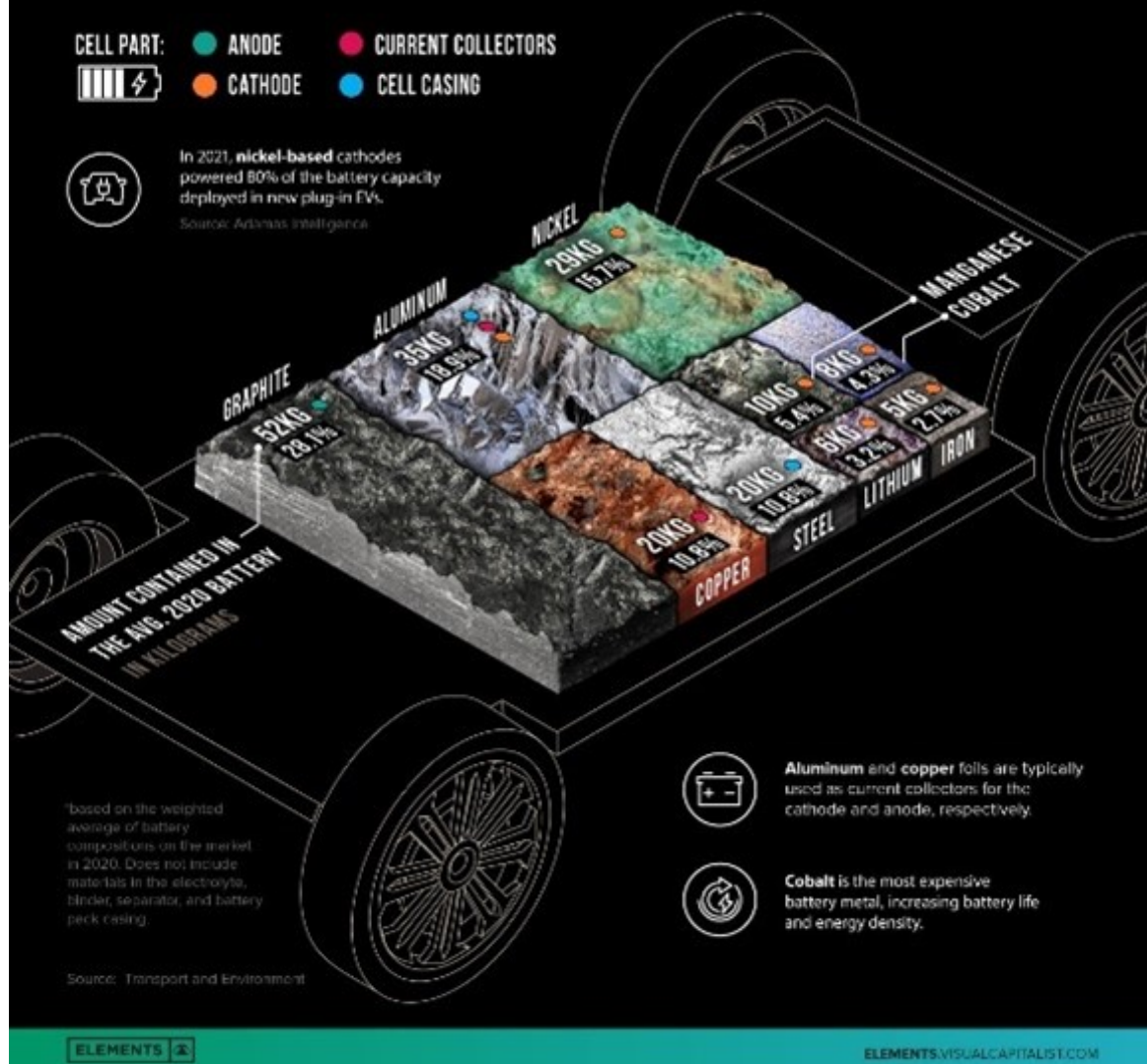
The cells in the average lithium-ion battery with a 60-kilowatt-hour (kWh) capacity contain around 185kg* of minerals.

CELL PART: ● ANODE ● CURRENT COLLECTORS
● CATHODE ● CELL CASING



In 2021, nickel-based cathodes powered 80% of the battery capacity deployed in new plug-in EVs.

Source: Argonne Intelligence



© Visual Capitalist



Rohstoffe und China

China eröffnet neues Bergbauprojekt in Eritrea

Der chinesische Botschafter in Eritrea, Cai Ge, durchschneidet das Band zur offiziellen Einweihung von Eritreas neuer Polymetallmine - dem Asmara-Projekt. Die **Asmara Mining Share Company**, Inhaberin des Asmara-Projekts in Eritrea, ist ein 60:40-Joint Venture zwischen der chinesischen SRBM und der staatlichen ENAMCO. Das Projekt umfasst vier bekannte Lagerstätten in Emba Derho, Adi Nefas, Gupo und Debarwa.



© TesfaNews

Die Mine soll eine Lebensdauer von 17 Jahren haben und schätzungsweise 381.000 Tonnen Kupfer, 850.000 Tonnen Zink, 436.000 Unzen Gold und 11 Millionen Unzen Silber produzieren. In Phase 1A wird das hochgradige Kupfer aus der Debarwa-Lagerstätte im Tagebau abgebaut, zerkleinert, in Container verladen und 120 km zum Hafen von Massawa transportiert, wo es verschifft und an eine Hütte in China verkauft wird (ein Verfahren, das als "Direct Shipping Ore" oder "DSO" bekannt ist).

[Zum Artikel »](#)

Rote Flaggen für Zwangsarbeit in Chinas Autobatterie-Lieferkette gefunden

Im Rahmen des neuen US-Verbots für Produkte aus der chinesischen Region Xinjiang analysierte die New York Times die Gründe für das Verbot und das Ausmaß der zu erwartenden Auswirkungen auf die Lieferketten für Autobatterien. Das neue US-Gesetz verbietet alle Waren, die aus Rohstoffen hergestellt werden, die mit Xinjiang in Verbindung gebracht werden, bis nachgewiesen ist, dass sie frei von Sklavenarbeit oder Zwangsarbeitspraktiken sind. Es wird erwartet, dass das Gesetz die globale Batterieindustrie beeinträchtigen wird, da Xinjiang eng mit den für die Technologie der nächsten Generation benötigten Rohstoffen verknüpft ist. Unternehmen wie die Xinjiang *Nonferrous Metal* Industry Group beliefern direkt und indirekt große amerikanische Unternehmen, darunter Automobilhersteller, Energieunternehmen und das US-Militär. Die Lieferketten für die verarbeiteten Rohstoffe sind komplex und geheimnisvoll, sodass es schwierig ist, genau nachzuvollziehen, wohin die von Xinjiang *Nonferrous* produzierten Metalle geliefert werden. Insgesamt bleibt abzuwarten, ob die US-Regierung willens oder in der Lage ist, eine solche Vielzahl ausländischer Waren abzulehnen.

[Zum Artikel »](#)



Rohstoffe und Menschenrechte

Kinderarbeit im Rohstoffsektor



© GIZ/Guillem Trius

Am 12. Juni war internationaler Tag gegen Kinderarbeit. Schätzungen der ILO aus dem Jahr 2020 zufolge gehen 160 Mio. Kinder zwischen fünf und 17 Jahren derzeit einer völkerrechtlich verbotenen Arbeit nach. Rund 1 Mio. davon arbeiten innerhalb des Bergbausektors. Sowohl auf europarechtlicher Ebene als auch auf nationaler Ebene wurde der Gesetzgeber schon tätig, um insbesondere Unternehmen hinsichtlich ihrer Lieferketten in die Pflicht zu nehmen. Aber auch die deutsche

Entwicklungszusammenarbeit leistet im Bereich Kobalt- und Glimmerabbau durch Projekte in der DR Kongo und in Indien Unterstützung, um Kinderarbeit entgegenzuwirken.

[Mehr erfahren »](#)

USA: Gesetz zur Verhinderung uigurischer Zwangsarbeit tritt in Kraft

Die Vereinigten Staaten haben am 21. Juni 2022 mit der Umsetzung des *Uyghur Forced Labor Prevention Act* (UFLPA) begonnen. Danach müssen Unternehmen, die Waren aus der chinesischen Region Xinjiang importieren, "klare und überzeugende Beweise" dafür vorlegen, dass kein Bestandteil in Sklavenarbeit hergestellt wurde. Das UFLPA befolgt den ungewöhnlichen Ansatz,

dass alle Waren, die in Verbindung zur chinesischen Region Xinjiang stehen, als Produkt von Zwangsarbeit angesehen werden. Diese Klassifizierung kann nur durch besagte "klare und überzeugende Beweise" entfallen. Die umstrittene Vorschrift hat die chinesische Regierung verärgert, die Behauptungen der USA über die Unterdrückung von Angehörigen der ethnischen Minderheit der Uiguren als "böartige Lügen" bezeichnet hat. Aber auch einige US-Unternehmen sind besorgt über das Gesetz, da sie der Meinung sind, dass die US-Regierung keine ausreichenden Leitlinien gegeben hat, um die Beschlagnahmung von Importen an der US-Grenze zu verhindern.

[Mehr erfahren »](#)



Rohstoffe und Gender

Perus erstes Netzwerk von Frauen im artisanalen und Kleinbergbau Bergbau stellt seine Agenda vor

Eine Gruppe von Frauen, die sich dem artisanalen und Kleinbergbau verschrieben haben, haben die erste peruanische Gewerkschaft dieser Art gegründet. Die Gründung des Nationalen Netzwerks der Frauen im handwerklichen und Kleinbergbau (RNM-MAPE) wurde durch das *RECLAIM Sustainability!* Programm unterstützt, das vom niederländischen Außenministerium finanziert wird. Solidaridad begann im Mai 2021 mit der Gruppe zu arbeiten, um ihre gemeinsamen Hoffnungen und Bedürfnisse zu ermitteln. Im März 2022 haben sie ihr Netzwerk rechtlich konsolidiert, um ihre Situation und Erwartungen gegenüber staatlichen Akteuren und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen bekannt zu machen. Die Gewerkschaft wird sich mit verschiedenen Herausforderungen auseinandersetzen, mit denen Bergarbeiterinnen in Peru konfrontiert sind:



© Solidaridad

- Die fehlende Anerkennung der Arbeit, die Bergarbeiterinnen im handwerklichen und Kleinbergbau (ASM) leisten.
- Ihre wirtschaftliche und soziale Verwundbarkeit aufgrund der Informalität.
- Die häusliche Belastung, die ihre Beteiligung auf Arbeits- und Gemeindeebene einschränkt.
- Die mangelnde Einbeziehung von Bergarbeiterinnen in Ausbildungs- und politische Beratungsprozesse.

[Mehr erfahren »](#)

Wie werden die Arbeitsplätze von Frauen im Bergbausektor zukünftig aussehen?

Das *Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development* (IGF) analysiert die zukünftige Rolle von Frauen im Bergbau im Rahmen seiner Initiative *Women and the Mine of the Future* (WMF), die vom Sektorprogramm "Rohstoffe und Entwicklung" unterstützt wird. Es ist keine leichte Aufgabe, die potenziellen geschlechtsspezifischen Auswirkungen neuer Bergbautechnologien zu prognostizieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Technologie allein nicht zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Bergbausektor führen wird. Dazu bedarf es einer guten

Politik, die sich auf solide Fakten stützt. Die vorläufigen Daten von WMF bieten Erkenntnisse, die von Regierungen, der Industrie und anderen Akteuren im Bergbau berücksichtigt werden müssen. In den nächsten Phasen des Projekts werden die Daten genutzt, um zu bewerten, wie sich diese technologiegetriebenen Trends auf Frauen im Bergbau und in den entsprechenden Lieferketten auswirken werden, und um die zentralen Hindernisse für eine stärkere Beteiligung von Frauen im Bergbau aufzuzeigen. Schließlich wird das IGF Leitlinien veröffentlichen, um Entscheidungstragende zu informieren, die in der Lage sind, Politik zu machen und die Bergbauindustrie zu beeinflussen.

[Zum Artikel »](#)



Just Transition

World Bank Group Bericht: Arbeitsplätze in der Kohleindustrie und Management des gerechten Kohleausstiegs



© World Bank Group

Dieser Report analysiert den Status des weltweiten Kohleausstiegs, das Ausmaß und die Art der Arbeitsplätze im Kohlebergbau und deren Auswirkungen auf die lokalen Wirtschaftssysteme sowie die Herausforderungen, die mit dem Übergang in die zukünftige Arbeitswelt verbunden sind. Die Analyse basiert auf Unterschieden der Übergangsphasen, um Lehren aus Ländern zu ziehen, die in der Vergangenheit Kohlebergwerke geschlossen haben. Diese Erkenntnisse werden genutzt, um politische Maßnahmen im Zusammenhang mit der zukünftigen Dekarbonisierung zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf der Erleichterung des Übergangs von direkt und indirekt betroffenen Arbeitnehmenden - ob formell oder informell - in alternative Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Bericht ist Teil einer breiteren, sektorübergreifenden Initiative der **Weltbank** zur Unterstützung der Kohleregionen bei der Bewältigung der Dekarbonisierung und zur Schaffung der Grundlagen für einen gerechten Übergang (Just Transition) für alle. Der in diesem Bericht entwickelte Strategieansatz ist in vier Phasen gegliedert, die von der Zeit vor der Entscheidung über die Stilllegung eines Bergwerks bis hin zurzeit nach den Stilllegungen und der Schließung reichen.

[Zum Bericht »](#)



Veranstungshinweise

BGR – GERRI Rohstoffkonferenz 2022

05.-06. Juli 2022, ganztägig, online

Für die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung, Europas und der internationalen Staatengemeinschaft sind enorme Anstrengungen in fast allen Wirtschaftssektoren, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung und –bereitstellung, der Mobilität, des Bausektors und der Hüttenindustrie erforderlich. Diese grundlegende Transformation unserer Wirtschaft ist nur mit neuen Technologieentwicklungen und Innovationssprüngen zu erreichen, die zu erheblichen

Nachfrageschüben auf den globalen Rohstoffmärkten führen werden. Hierfür und für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung eine zentrale Voraussetzung. Vor diesem Hintergrund und zur besseren Abschätzung der aktuellen Herausforderungen, Perspektiven und Lösungsansätze veranstalten BGR und GERRI eine gemeinsame Rohstoffkonferenz zu den Themen Rohstoffnachfrage und -produktion, Importabhängigkeit Deutschlands, Potenziale des heimischen Recyclings einschließlich der metallurgischen Verarbeitung, Nachhaltigkeit der Rohstoffproduktion und verantwortungsvolle Lieferketten.

[Zur Agenda und Registrierung »](#)

RCS-Webinar: Zukunftssicheres Management der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette im digitalen Zeitalter

06. Juli 2022, 14:00 Uhr MESZ, online

Es wird damit gerechnet, dass die EU-Batterieverordnung in diesem Herbst verabschiedet und sich sowohl auf Upstream- als auch auf Downstream-Unternehmen in der Rohstoffwertschöpfungskette auswirken wird. Die Verordnung ist nur ein Gesetz in einem wachsenden Korpus verbindlicher Vorschriften für die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette. Sie wird sowohl in der EU ansässige als auch weltweit tätige Unternehmen dazu verpflichten, soziale und ökologische Risiken in ihren Batterielieferketten auf der Grundlage internationaler Standards für bewährte Verfahren wie den OECD-Leitlinien und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu bewältigen. Von den Referent*innen Stellantis und *Global Battery Alliance* werden Sie hören, wie Unternehmen proaktive und vorausschauende Managementsysteme für die Sorgfaltspflicht aufbauen können, um den bevorstehenden direkten und indirekten regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden und wie die Digitalisierung eine wichtige Rolle für solche Systeme spielt.

[Zur Registrierung »](#)

Carbon emissions reduction in mining: Approaches and best-practices - organisiert von CCCMC, CSD und X4D

13. Juli 2022, 11-12:30 CET, online

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, müssen Länder auf der ganzen Welt ihre Treibhausgasemissionen reduzieren. Viele haben sich zu nationalen Klimaschutzzielen (*Nationally Determined Contributions*, NDCs) mit sektorspezifischen Zielen verpflichtet. Derzeitige und künftige Vorschriften umfassen auch Kohlenstoffemissionen. Derzeit gehört der Bergbausektor zu den größten Verursachern von Treibhausgasemissionen und verfügt über ein enormes Reduktionspotenzial, z. B. durch den Einsatz erneuerbarer Energien im Bergbau und in der Verarbeitung. Der Sektor steht auch unter dem Druck von Interessengruppen und Aktionären, die Emissionen zu reduzieren und die schädlichen Auswirkungen auf das Klima zu minimieren. In den letzten Jahren werden klimafreundliche Technologien zunehmend von Bergbauunternehmen eingesetzt. Die Veranstaltung soll einen Dialog zwischen Vertreter*innen der Politik, der Entwicklungszusammenarbeit und des Privatsektors darüber ermöglichen, welche Möglichkeiten zur Minimierung der Kohlenstoffemissionen im Bergbau bestehen.

[Weitere Informationen finden Sie bald hier »](#)

Gerechte Energiewende vor dem Hintergrund globaler Krisen – Was erwartet die rohstoffproduzierenden Länder?

22. Juli 2022, 14:00-16:00 Uhr MESZ, online

Von Rekordtiefs bis zu Allzeithochs - die Energiemärkte haben während der Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine alles erlebt. Zum Abschluss des diesjährigen Kurses "*Natural Resource Governance and Energy Transition*" laden ETH NADEL und das Natural Resource Governance Institute (NRGI) am 22. Juli 2022 um 14 Uhr MEZ zu einer öffentlichen Online-Debatte ein, in der die möglichen Auswirkungen globaler Krisen auf eine gerechte Energiewende in rohstoffproduzierenden Ländern diskutiert werden. Welche Perspektiven teilen oder bestreiten staatliche Unternehmen, die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft, wenn es um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Coronavirus-Pandemie auf rohstoffabhängige Länder in aller Welt geht? Mit Linda Tamakloe (*Ghana National Petroleum Company, GNPC*), Paul Stevens (*University of Dundee*), Ana Tamborrel (*Climate Initiative Mexico, ICM*), moderiert von Ana-Carolina Gonzalez von NRGI.

[Zur Anmeldung »](#)



7. Workshop der BGR-Veranstaltungsreihe „Verantwortungsvolles Gold“

Das Sektorvorhaben „Rohstoffe und Entwicklung“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) richtete im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den nun schon 7. Workshop in der Veranstaltungsreihe „Verantwortungsvolles Gold“ aus. Inhaltlich beleuchtete der Workshop die Umsetzung von Sorgfaltspflichten in Gold-Lieferketten aus verschiedenen Blickwinkeln. In zwei Vorträgen präsentierten Mitarbeiter*innen von Levin Sources beziehungsweise der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Forschungsergebnisse über die Umsetzung der EU-Verordnung 2017/821 zu Sorgfaltspflichten in der Lieferkette von sog. „Konfliktmineralen“ (Gold, Zinn, Tantal, Wolfram) in Subsahara Afrika und dem Andenraum. Der Leiter der Deutschen Kontrollstelle EU-Sorgfaltspflichten in Rohstofflieferketten (DEKSOR) diskutierte Herausforderungen bei der Umsetzung der EU-Konfliktmineraleverordnung in Deutschland. Aus dem Alltag der Goldschmiede-Ausbildung berichtete eine Berufsschullehrerin, die eine von ihr konzipierte Unterrichtssequenz „Verantwortungsvolles Gold“ vorstellte. Das Unterrichtsmaterial weist Auszubildende auf Nachhaltigkeitsaspekte und Herausforderungen in der Goldlieferkette hin. Mit 30 Teilnehmenden war das Interesse an dem Sektor übergreifenden Austausch auch dieses Mal sehr groß. Die nächste Veranstaltung wird voraussichtlich im November 2022 stattfinden.

[Mehr erfahren »](#)



Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt

(K)ein Widerspruch zum Rohstoffabbau

Eine gesunde Umwelt ist Grundvoraussetzung für viele Menschenrechte. Die Umsetzung der Energiewende, durch die die globale Erwärmung aufgehalten und damit die Umwelt geschützt werden soll, erfordert einen erheblichen Rohstoffbedarf, im Abbau kommt es jedoch oft zu erheblichen Umweltbeeinträchtigungen durch Luft- oder Bodenverschmutzungen. Wie lassen sich also der Bergbausektor und ein Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt vereinbaren? Ein Recht auf eine gesunde Umwelt ist



© GLZ/ Michael Duff

in unterschiedlicher Ausprägung in einigen regionalen Menschenrechtsverträgen anerkannt und in einzelnen Entscheidungen der entsprechenden Gerichte bereits erfolgreich angewendet worden: So enthält Artikel 24 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (sog. Banjul-Charta) von 1986 das Recht auf eine allgemein zufriedenstellende und für die Entwicklung der Völker günstige Umwelt. Dieses Recht wurde 2001 im sog. „Ogoniland-Fall“ das erste Mal angewendet: Das Indigene Volk der Ogoni verklagte die Regierung von Nigeria wegen Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Öl-Förderung im Niger-Delta bei der Afrikanischen Menschenrechtskonvention. Diese erklärte, Nigeria habe Art. 24 der Banjul-Charta verletzt, indem es zumutbare Maßnahmen zur Verhinderung von Umweltbeeinträchtigungen

unterließ. Auch die Amerikanische Konvention über Menschenrechte enthält in Artikel 11 des Zusatzprotokolls von San Salvador von 1988 ein ausdrückliches Recht auf eine gesunde Umwelt. Dieses wurde durch den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) in einem Gutachten 2017 ausgelegt und in einer Entscheidung von 2020 das erste Mal eigenständig angewendet: Die Vereinigung Indigener Völker „Lhaka Honhat“ klagte gegen Argentinien, weil durch illegale Abholzung und andere Aktivitäten – auch durch den Staat – das Ökosystem in der Region Salta so beeinträchtigt war, dass die Völker dort nicht mehr auf traditionelle Weise leben konnten. Der IAGMR entschied, dass das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt nicht nur die Pflicht des Staates enthalte, dieses Recht zu respektieren, sondern zugleich eine Pflicht zur Gewährleistung von Umweltschutz, auch durch die Überwachung der Aktivitäten Privater. Auf europäischer Ebene ist ein Recht auf eine gesunde Umwelt nicht ausdrücklich in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) enthalten. Doch durch die ständige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist anerkannt, dass in einzelnen anderen Menschenrechten, u.a. Artikel 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), ein Recht auf Schutz vor erheblichen Umweltbeeinträchtigungen enthalten ist. Kein Widerspruch zum Rohstoffabbau: Den Entscheidungen der regionalen Menschenrechtsgerichte gemeinsam ist, dass sie das Recht auf eine gesunde Umwelt nicht so verstehen, dass dadurch jegliche Umweltbeeinträchtigungen unterlassen werden müssen. Vielmehr muss der Staat eine gesunde Balance zwischen Umweltschutz und anderen Themengebieten wie etwa der wirtschaftlichen Entwicklung schaffen. Auf internationaler Ebene ist ein Recht auf eine gesunde Umwelt bisher nicht anerkannt, insbesondere enthalten die drei Kernmensenrechtsverträge der Vereinten Nationen – die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – keine umweltspezifischen Rechte. Allerdings hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Oktober 2021 eine **Resolution** verabschiedet, die das Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkennt. Zwar stellen die Resolutionen des Menschenrechtsrates nur politische Absichtserklärungen dar. Der Menschenrechtsrat hat jedoch beschlossen, die Resolution an die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu überweisen. Zwar entstehen auch durch die Resolutionen der Generalversammlung keine rechtlich bindenden Pflichten, eine solche Resolution entfaltet jedoch ein noch größeres politisches Gewicht. Wie schon beim Recht auf Wasser aus dem Jahr 2010 könnte eine solche Anerkennung zu einem verstärkten staatlichen Einsatz zum Schutz vor Umweltbeeinträchtigungen sowie zu einer erhöhten Bereitschaft für Finanzierungen und Ressourcen zur Umsetzung eines solchen Rechts führen.

Christiane Seiff, Rechtsreferendarin im Sektorprogramm von April bis Juni



Schon gewusst...?



© Vereinte Nationen

Am 12. Juni war der **internationale Tag gegen Kinderarbeit!** Der 2002 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ins Leben gerufene Tag erzeugt jährlich Aufmerksamkeit für das Thema und bringt Akteure zusammen. Erfahren Sie hier mehr über **Kinderarbeit im Rohstoffsektor!**

[Kontakt](#)

[Haftungsausschluss](#)

[Weiterempfehlen](#)

www.giz.de

**Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH**

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36



53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de

Handelsregister

Amtsgericht Bonn: Eintragungs-Nr. HRB 18384
Amtsgericht Frankfurt am Main: Eintragungs-Nr. HRB 12394

USt-IdNr. DE 113891176
Steuernummer 040 250 56973

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Vorstand

Tanja Gönner (Vorstandssprecherin)
Ingrid-Gabriela Hoven
Thorsten Schäfer-Gümbel

Verantwortlich:

Tim Schloesser, tim.schloesser@giz.de
Linda Carstens, linda.carstens@giz.de

Redaktion:

Linda Carstens, linda.carstens@giz.de

Mitarbeit:

Christina Domingos
Kim Deschka

Bildnachweis:

Titelbild: © GIZ / Rolando Suaña

* Die Kategorie "Gedanken ohne Gewähr" wird von unseren
Rechtsreferendar*innen eigenständig gefüllt. Das
Sektorprogramm übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der
Angaben oder teilt deren Meinungen.

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte hier auf [abmelden](#).